

## Sicherheit und Wirtschaft verwoben: Deutschland zwischen den USA und China

Josef Braml und Henning Riecke

Die US-Regierung unter Präsident Donald Trump dürfte sich noch intensiver als die Vorgängerregierung dem asiatisch-pazifischen Raum zuwenden, um dem wachsenden Einfluss Chinas zu begegnen und die amerikanische militärische und wirtschaftliche Führungsmacht in dieser Wachstumsregion zu wahren. In diesem Zuge könnte Präsident Trump auch versuchen, in bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit seinen Alliierten Kapital aus Amerikas Schutzmachtrolle zu schlagen.

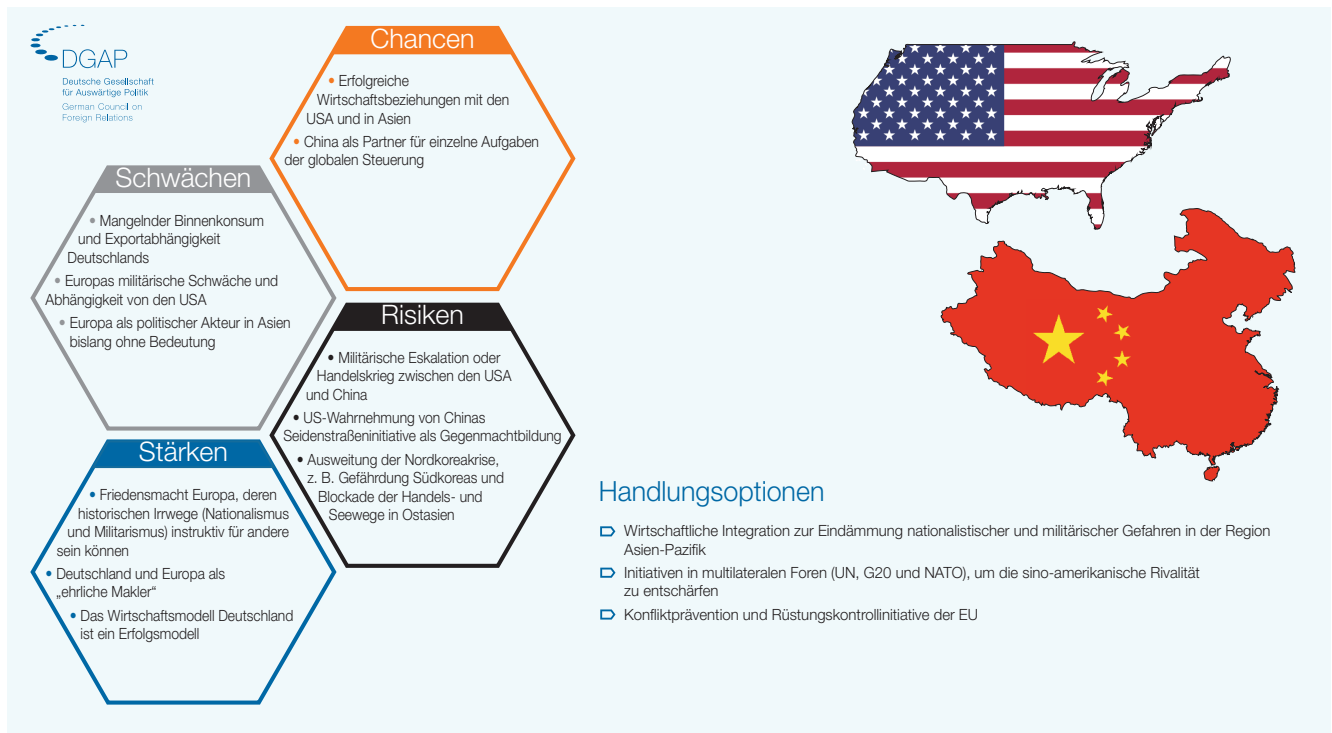
Als Handelsnation mit umfangreichen Wirtschaftsverbindungen zu beiden Staaten und anderen Akteuren im asiatisch-pazifischen Raum hat Deutschland ein großes Interesse daran, dass es zu keiner militärischen Eskalation oder einem Handelskrieg kommt. Um das deutsche Interesse an Freihandel und sicheren Handels- und Seewegen zu schützen, sollte die Bundesregierung in multilateralen Formaten auf eine Entschärfung der Spannungen zwischen den USA und China wirken.

### Rivalität zwischen den USA und China

Es besteht die Gefahr, dass die Rivalität zwischen den USA und China um die Vorherrschaft in der Region Asien-Pazifik zu militärischen Auseinandersetzungen führt. Durch die Militarisierung des Südchinesischen Meeres und die Aufschüttung künstlicher Inseln unterstreicht China seine Ansprüche auf Territorien, Gewässer und die darunterliegenden Ressourcen. China baut zudem Fähigkeiten zur maritimen Machtprojektion jenseits seiner Hoheitsgebiete aus. Chinas Nachbarn – Verbündete wie Partner der Amerikaner – sehen ihre Interessen bedroht und erwarten von den USA Unterstützung.

Die USA selbst wollen ihre Bewegungsfreiheit im Pazifik nicht durch Chinas Territorialansprüche einschränken lassen und kreuzen regelmäßig in den umstrittenen Gewässern, um Chinas Handeln symbolisch zurückzuweisen. Zwar haben beide Seiten kein Interesse an kriegerischen Auseinandersetzungen, doch das Kräfteressen kann, auch durch unbeabsichtigte Zusammenstöße, eskalieren.

Abb. 8: Deutschlands Position gegenüber den USA und China



Grafik: DGAP/Reiner Quirin, CC BY-NC-ND 4.0

Selbst das Zusammenspiel zwischen den USA und China gegenüber Nordkorea könnte zum Konflikt führen. Nordkoreas Nuklear- und Raketenprogramm entwickelt sich für die USA zu einer ernstzunehmenden Bedrohung. So versucht Donald Trump Peking dazu zu bewegen, mehr Druck auf Nordkorea aufzubauen und hat im Gegenzug darauf verzichtet, China als Währungsmanipulator zu brandmarken.

Doch China wird von Maßnahmen absehen, die Nordkoreas Stabilität gefährden: Es fürchtet Flüchtlingsströme ebenso wie ein vereintes proamerikanisches Korea. Die USA könnten China deshalb ein Scheitern der Bemühungen anlasten und – wie schon jetzt angedroht – mit einem Präventivschlag gegen Nordkoreas Anlagen vorgehen. Nordkoreas Gegenschlag wiederum könnte Deutschlands Wirtschaftspartner Südkorea treffen, aber auch die Handelswege in Ostasien blockieren.

### Geopolitik und Geoökonomie

Um der bereits unter der Regierung Obama forcierten „Rebalancing“-Strategie zur Eindämmung Chinas mehr Glaubwürdigkeit zu verschaffen, setzt Präsident Trump weiterhin auf militärische Stärke und fordert seine Verbündeten Japan, Südkorea und Australien auf, mehr für die Verteidigung auszugeben. Dabei spielt auch das US-Interesse eine Rolle, Waffen nach Asien zu exportieren. So wird Südkorea wegen seiner Entscheidung, zugunsten Chinas aus der gemeinsamen Raketenabwehr auszusteigen, unter amerikanischen Druck geraten.

Auch in der Handels- und Währungspolitik werden von den US-Alliierten im asiatischen Raum Zugeständnisse gefordert, etwa dass sie ihre Märkte für amerikanische Automobile und Agrargüter öffnen und noch mehr US-Staatsschulden in der Dollar-Leitwährung finanzieren. Dazu sind sie aber nicht bereit, solange sie nicht sicher sein können, dass die USA sie im Ernstfall wirklich verteidigen würden und die Trump-Regierung die wirtschaftlichen Vereinbarungen der Vorgängerregierung einhält.

Das Misstrauen in der Region ist groß: Indem er die Transpazifische Partnerschaft (TPP) unilateral aufkündigte, stellte Präsident Trump bereits die Verbündeten in Asien-Pazifik bloß, die sich im TPP-Verbund an die Seite der USA und gegen China gestellt hatten. Sollte er zudem Handelsbarrieren errichten, könnte dies Chinas Nachbarn dazu bewegen, sich in Wirtschafts- und Währungsfragen noch mehr mit China zu arrangieren. Ein möglicher Rahmen dafür besteht

mit der von China gegen die USA etablierten Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP).

### Dollardominanz in Gefahr

Auch im Bereich der Währungspolitik gibt es Anzeichen für eine Abkehr. China und Japan, die beiden Hauptfinanciers der anschwellenden US-Staatsschulden, nehmen seit längerem sukzessive ihre Anlagen aus dem Dollar. China hat bereits Vereinbarungen zur gegenseitigen Anerkennung von Währungen mit Japan und Südkorea getroffen. Früher oder später dürften die Währungsmärkte die Kräfteverhältnisse im internationalen Handel abbilden – nämlich eine multipolare Ordnung mit drei Kraftzentren: Der Dollar wird auf absehbare Zeit seine Leitfunktion mit dem Euro und dem chinesischen Yuan teilen müssen. Damit bedroht insbesondere China das kreditfinanzierte Wirtschaftsmodell und die militärische Aufrüstung der USA.

China nutzt seine Währungsreserven, die es früher den USA zugutekommen ließ, nunmehr dazu, die eigene Wirtschaft stärker auf Binnenkonsum umzustellen und den Export mit seiner Seidenstraßeninitiative („One Belt, One Road“) auch Richtung Europa zu diversifizieren. Dies erlaubt es China, sich vom bisherigen Hauptabnehmer USA zu emanzipieren und strategischen Einfluss in Europa zu gewinnen. Entsprechend wird die Seidenstraßeninitiative in Washington als ökonomische und politische Gegenmachtbildung zu der von den USA geprägten Wirtschafts- und Weltordnung wahrgenommen. Dagegen übt Trumps „America-First“-Politik gleichwohl wenig Anziehungskraft auf US-Alliierte in Asien und Europa aus, um den Handel mit den USA zu stärken und auf diesem Wege Chinas wachsender Soft Power etwas entgegenzusetzen.

Im Gegenteil: Internationale Unternehmen interessieren sich für Chinas weltweite Infrastrukturpläne – so beabsichtigen etwa die Deutsche Bank und die China Development Bank innerhalb der nächsten fünf Jahre Projekte der Seidenstraßeninitiative mit drei Milliarden Euro gemeinsam zu finanzieren. Global handelnde Unternehmer benötigen Alternativen, sollte ihnen der Zugang zu ihrem wichtigsten Exportmarkt USA durch Handelsbarrieren erschwert werden.

### Deutschlands und Europas Handlungsoptionen

Die Gefahr, dass Präsident Trump seine „America First“-Drohungen wahrmacht, stärkt das Interesse Deutschlands und Europas, die Handelsbeziehungen in der wirtschaftlichen Wachstumsregion Asien auszubauen. Unabdingbar

dafür ist, dass die Handels- und Seewege nicht durch militärische Konflikte blockiert werden.

- **Wirtschaftliche Integration würde gegenseitige Abhängigkeiten und Chancen schaffen, die auch nationalistische und militärische Gefahren in der Region eindämmen helfen.** Denkbar wäre, dass Europa die Idee einer westlich-asiatischen Handels- und Investitionspartnerschaft weiterdenkt als es die Transpazifische Partnerschaft (TPP) vorsah. So könnten Europa und im besten Fall auch die USA asiatische und pazifische Staaten für ein mega-regionales Freihandelsabkommen gewinnen und dabei auch Indien und China einbinden. In Asien stehen die Zeichen dafür nicht schlecht, zumal die Beteiligten nach dem Ausstieg der USA aus TPP darum bemüht sind, das Freihandelsprojekt am Leben zu erhalten. Mit dieser Diversifizierungsstrategie würde sich Deutschland auch gegenüber amerikanischem Protektionismus weniger verwundbar machen.
- Deutschland sollte in Abstimmung mit asiatischen Partnern darauf hinwirken, dass die **Gewährleistung freier Handels- und Seewege nicht nur im UN-Rahmen, sondern auch verstärkt in der G20 und selbst innerhalb der NATO mit China** beraten wird,

vielleicht in einem NATO-China-Rat. Dabei könnte es nützlich sein, dass die NATO außerhalb ihrer Partnerschaften kaum als Akteur in Asien-Pazifik auftritt.

- **Die EU kann ihre operativen Fähigkeiten in der Konfliktprävention einbringen**, oder sich als **Impulsgeber für Rüstungskontrolle oder vertrauensbildende Maßnahmen** anbieten, etwa durch gemeinsame Forschungsprojekte im Südchinesischen Meer. Die Nordkorea-Krise sollte wieder in einen Verhandlungsrahmen überführt werden. Mit einem Beitrag zur Entschärfung der sino-amerikanischen Rivalität könnten Deutschland und Europa aus der vermeintlichen Schwäche eine Stärke entwickeln, nämlich dem Rüstungswettlauf in Asien als Vermittler zu begegnen und amerikanische Aufrüstungsforderungen zu entkräften: Sicherheit kann nur miteinander und nicht gegeneinander geschaffen werden.

---

**Josef Braml** ist geschäftsführender Herausgeber des DGAP-Jahrbuchs und leitet dessen Redaktion.

**Henning Riecke** leitet das Programm USA/Transatlantische Beziehungen der DGAP.